

Chance für die Wirtschaft oder Teufelswerk?

Ute Bertram (CDU) bleibt mit durchweg positiver Haltung allein: Bundespolitiker diskutieren über Freihandelsabkommen TTIP

VON WIEBKE BARTH

HILDESHEIM. Ist das Freihandelsabkommen TTIP (Transatlantic Trade and Investment Partnership) zwischen Europäischer Union und USA eine Chance, die Stellung Europas im Welthandel dauerhaft zu sichern, zu stärken und gegenüber asiatischen Märkten eigene Standards durchzusetzen? Oder wird das Abkommen mühsam erkämpfte Standards im Verbraucher- und Umweltschutz sowie Arbeitnehmerrechte schwächen und die Demokratie zugunsten der Wirtschaftsinteressen großer Konzerne aushebeln? Die Diskussion um das Freihandelsabkommen reißt nicht ab, und wurde nun auf Einladung des „Hildesheimer Bündnisses gegen TTIP, CETA & Co.“ auch im Riedelsaal der Volkshochschule geführt.

Mit dabei waren die Bundestagsabgeordneten Ute Bertram (CDU), Bernd Westphal (SPD) und Brigitte Pothmer (Grüne) sowie Christian Christen, Referent für Wirtschaftspolitik der Bundestagsfraktion Die Linke. Immerhin werden außer dem Europäischen Parlament irgendwann auch die Parlamente der EU-Mitgliedstaaten über das Abkommen abstimmen.

Freihandelsabkommen, so die Politiker, fänden sie eigentlich alle gut. Verbünde machen stärker und der Export ist ein bedeutender Faktor der deutschen Wirtschaft. Trotzdem stand Bertram mit

ihrer durchweg positiven Haltung zu TTIP in der Runde allein. Das Publikum reagierte zum Teil mit protestierendem Gemurmel auf ihre Stellungnahmen.

Die Debatte werde zu emotional geführt, Fakten kämen nicht an, bedauerte Bertram: „TTIP ist kein Teufelswerk.“ Ihren Appell, den Verhandlern in Brüssel einfach mal Vertrauen entgegen zu bringen, quittierten manche Zuhörer mit Lachen oder spontanem Widerspruch.

Eine sachliche Debatte wünschten sich alle vier Politiker und setzten das an diesem Abend auch um. Moderator Michael Braedt fragte gezielt nach bestimmten Teilaspekten; angesichts eines so vielschichtigen und umfassenden Themas zweifellos eine sinnvolle Beschränkung. Zudem setzte er den Rednern Zeitlimits, die auch eingehalten wurden, so dass genug Zeit für Fragen aus dem Publikum blieb.

Die abgestuft kritische Haltung der Bundespolitiker zu TTIP zeigte sich exemplarisch am Thema Investorenschutz durch Schiedsgerichte. Vor diesen nichtöffentlichen Gremien sollen Unternehmen klagen können, wenn sie

ihre Gewinne durch veränderte Regeln eines Staates beispielsweise beim Umweltschutz geschmälert sehen. Kritiker befürchten eine Einflussnahme auf die Gesetzgebung, die demokratische Abläufe aushöhlen würde.

Schiedsgerichte seien bereits in mehreren anderen Handelsabkommen vorgesehen, gab Bertram zu bedenken. Sie würden aber sehr selten in Anspruch genommen. Eine Regelung sei nötig, denn staatliche Willkür könne sonst Existenzen vernichten. Sie könne sich aber auch ein Handelsgericht vorstellen, das etwa

bei der Welthandelsorganisation WTO angesiedelt wäre.

So wie der Investorenschutz derzeit geplant sei, würde er persönlich dem Abkommen nicht zustimmen, sagte Westphal und führte als Alternative den Vorschlag von Bundeswirtschaftsminister Sigmar Gabriel an, einen Internationalen Handelsgerichtshof einzurichten. Der könne künftig sogar die Schiedsgerichte aus anderen Abkommen überflüssig machen. Insgesamt erklärte Westphal, das TTIP-Abkommen müsse noch einmal aufgeschnürt, einzelne Punkte nachverhandelt werden.

Als überflüssig schätzte Pothmer eine übergeordnete Gerichtsbarkeit ein. Die führe nur zu einer Wettbewerbsverzerrung zum Nachteil von mittelständischen Unternehmen, die nicht international aufgestellt seien. Die hochentwickelten Rechtssysteme in den USA und Europa rechtmäßig aus. Pothmer sprach sich für einen kompletten Neustart der TTIP-Verhandlungen aus.

Ähnlich lautete die Einschätzung von Christian Christen. Rechtssicherheit gebe es für Investoren schon. Seiner Ansicht nach beziehe TTIP zu viele Bereiche ein, es solle neue Verhandlungen über ein reines Handelsabkommen geben. Werde TTIP wie geplant umgesetzt, dann sehe er Einschränkungen für die Politik voraus: „Man kann weiterhin alles machen, was man möchte. Das kostet dann nur mehr.“



So wie TTIP jetzt vorliegt, kommt es nicht durch die Parlamente. Das müssen wir nochmal aufschnüren.

Bernd Westphal,
SPD

”



Ohne öffentliche Debatten wird es am Ende Deals geben. Das müssen wir verhindern.

Brigitte Pothmer,
Grüne

”



TTIP ist kein Teufelswerk.

Ute Bertram,
CDU

”



Das Problem ist, dass Prognosen in der Politik immer für bare Münze genommen werden.

Christian Christen,
Die Linke

”